

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Briefporto 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4586. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 13693.** — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon 4596**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Plakatoberfahrt 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721. **Schluss der Inseraten-Nachnahme** für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Forderungen der Großen Entente an Ungarn.

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens haben gestern der ungarischen Regierung die Note des Völkervertrages überreicht, worin gefordert wird, König Karl unerschütterlich des Thrones für verlustig zu erklären und ihn bis zur Bestimmung der Umstände, unter denen er aus dem Lande entfernt werden soll, in Sicherheit zu bewahren. Die Großen Entente betonen, wenn die ungarische Regierung diese Forderungen nicht erfüllt, dann könnten sie hinsichtlich der geplanten Intervention der Kleinen Entente und der aus einer solchen Haltung erwachsenden Folgen keine Verantwortung übernehmen.

Es wurde neuerdings auch der Prälater Alexander Steinhilber verhaftet. Es wird behauptet, die Verhaftung der kirchlichen Führer sei bloß deshalb erfolgt, damit man sie vor etwaigen Attentaten der unverantwortlichen Elemente sicher schützen könne.

### Die Auslieferung Karls beschlossen.

Paris, 28. Oktober. (T.-U.) Aus Budapest wird gemeldet: Die ungarische Regierung hat beschlossen, den Exkönig dem Vertreter der alliierten Regierungen auszuliefern. Die Formalität der Auslieferung wird wahrscheinlich in Gegenwart des englischen Völkervertrags stattfinden.

Wien, 28. Oktober. Das ehemalige Kaiserpaar wird auf einen englischen Monitor nach Galatz gebracht, wo es die weitere Entscheidung des Völkervertrages bezüglich seines endgültigen Internierungsortes zu erwarten hat. — In dem Kloster Tihany sind ein französischer, ein englischer und ein italienischer Generalstabsoffizier als Vertreter der Entente angelangt, die die Überwachungsmaßnahmen anordnen und bei der Überführung des ehemaligen Kaiserpaars nach Galatz die Begleiter sein werden.

Budapest, 28. Oktober. (T.-U.) Die Regierung wendet mit Rücksicht auf die Note der Völkervertragskonferenz an den Kaiserburger und fordert ihn auf, freiwillig auf den Thron zu verzichten; da sie sonst gezwungen wäre, durch die Nationalversammlung eine Abkündigung auszusprechen zu lassen. Nach vor Eintreffen der Note der Völkervertragskonferenz hatte die ungarische Regierung dem König ausgedrückt, im Interesse des Friedens auf den Thron zu verzichten. Er hat es aber auf das entschiedenste abgelehnt.

### Das Ultimatum der Kleinen Entente.

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Überreichung des Ultimatum der Kleinen Entente an Ungarn ist auf heute verschoben worden. Ueber seine Forderungen wird folgendes mitgeteilt: Die ungarische Regierung muß in einer Proklamation erklären, daß Karl und alle Habsburger des ungarischen Thrones entsezt werden. Die Abrüstung im Sinne des Friedensvertrages hat unter der direkten Kontrolle der Kleinen Entente zu erfolgen. Der Vertrag von Trianon muß strikte durchgeführt werden, ohne Rücksicht auf die von der Entente den Ungarn in Venedig gemachten Zugeständnisse. Alle Kosten, die durch die Mobilisation verursacht wurden, sowie die entstandenen wirtschaftlichen Schäden von Ungarn der Kleinen Entente ersetzt werden. Alle irredentistische Propaganda, die die Untertanen der Kleinen Entente in Budapest treiben, muß unmöglich gemacht und diese Aufwiegler müssen den betreffenden Staaten ausgeliefert werden. Gegen alle, die die Habsburger Restauration unternahmen, muß ein Strafverfahren eingeleitet und sie müssen bestraft werden. Das Ultimatum soll in 48 Stunden reiflos angenommen werden, sonst überschreiten die Truppen der Kleinen Entente die ungarische Grenze.

### Die Haltung der Tschecho-Slowakei.

Prag, 28. Oktober. In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Ministerpräsident Beneš eine Erklärung über die Ereignisse der letzten Tage ab. Er sagte: Ich muß darauf verweisen, daß durch die Niederlage der kaiserlichen Truppen und die Gefangennahme des Exkönigs die allgemeine Lage sich nicht im geringsten geändert hat. Es handelt sich hier nicht um die Person oder um die Dynastie, sondern um weit mehr, um ein gewisses System in Zentraleuropa und in Europa überhaupt. Es wäre der größte Fehler zu glauben, daß diese Sache durch die Verhaftung eines Schuldigen erledigt ist. Gerade heute beginnen die entscheidenden und bedeutsamsten Verhandlungen und Vorbereitungen, um zu erzielen, daß sich die Dinge nicht mehr wiederholen. Es ist Tatsache, daß die ungarische Gefahr im Westen unterschätzt wurde, da man die innere Situation Ungarns nicht kannte und nicht sah, daß Ungarn von der politischen und sozialen Revolution in Mitteleuropa am wenigsten Berührt war. Ich konstatiere mit großer Genugtuung, daß der Stand unserer Truppen derart ist, daß wir mit der größten Ruhe allen Ereignissen entgegenstehen können. Die Mobilisierungsvorbereitungen haben sich tadellos vollzogen. Der Ministerpräsident erklärte, sobald er werde alles tun, damit die Liquidierung der gegenwärtigen Ereignisse möglichst glückselig erfolge. Er werde bis an die äußerste Grenze gehen, um nicht die energichsten Mittel anzuwenden zu müssen, aber er müsse betonen, daß die Regierung gegebenenfalls vor den schärfsten Maßnahmen nicht halt machen dürfe. Das Haus genehmigte sodann die Kundgebung des Ministerpräsidenten mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Deutschen und der Kommunisten.

### Monarchistenverhaftungen.

Prag, 27. Oktober. Nittermeldungen zufolge ist der Karlstädter Prinz Ludwig von Windischgrätz an der tschechischen Grenze verhaftet und nach Prag gebracht worden.

Prag, 26. Oktober. Das tschechoslowakische Pressebureau meldet aus Breslau: Die Staatspolizei verhaftete bei einer heute nacht hier vorgenommenen Durchsuchung den Professor der

früheren magyarischen Universität Dr. Bela Tula, den Sekretär der magyarischen christlich-sozialen Partei Julius Kaiser, den früheren Abgeordneten der magyarisch-christlich-sozialen Partei Tober und verschiedene andere Personen. Bei allen wurde eine Menge von Material vorgefunden, aus dem hervorgeht, daß sie gegen die Republik Untriede vorbereiteten und in ständiger Verbindung mit der irredentistischen Propaganda standen.

### Verhängung des Standrechts in der Slowakei.

Prag, 27. Oktober. Durch eine Kundmachung des Ministeriums für Nationalverteidigung wird für den Bereich der Slowakei und Karpatenland das Standrecht gegen alle Personen, die der militärischen Strafgerichtsbarkeit unterliegen, wegen Verbrechen der Gehorsamsverweigerung, des Aufruhrs, der Meuterei, der Fahnenflucht, der unbefugten Anwerbung, der Verführung oder Beihilfe zur Verführung der beideten Militärdienstpflicht, der Spionage und der Plünderung verhängt. Diese Verbrechen werden mit dem Tode durch Erschießen oder durch den Strang bestraft. Wegen der Verbrechen der unbefugten Anwerbung, der Verführung zur Verführung der beideten Militärdienstpflicht und der Spionage unterliegen dem Standrecht auch Personen, die sonst der bürgerlichen Strafordnung unterliegen.

### Die Mobilisierungen in Jugoslawien und Rumänien.

Graz, 27. Oktober. Die Tagespost meldet aus Belgrad, die von der Regierung gegen Ungarn getroffenen Vorbereitungen würden fortgesetzt. Demselben Blatt zufolge wird aus Bukarest gemeldet, daß General Uvresku mit der vollständigen Mobilisierung der Infanterie und Kavallerie betraut worden ist.

### Hefas befehlt Oedenburg.

Budapest, 26. Oktober. Seit heute mittag ist Oedenburg von Banden unter dem Kommando des Oberleutnants Hefas besetzt. Hefas hat die in Oedenburg befindlichen Legitimisten entwaffnet. In Budapest wurde eine amtliche Bekanntmachung veröffentlicht, in der die Tätigkeit des Oberleutnants Hefas gegen die Russen lobend hervorgehoben und mitgeteilt wird, daß er sich jetzt in Oedenburg befindet und bereit sei, die Stadt beim Eintreffen der zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlichen Kräfte wieder zu räumen und sich der Generalkommission zur Verfügung zu stellen.

Wien, 26. Oktober. Wie die Abendblätter melden, wurden die von der Völkervertragskonferenz abberufenen Mitglieder der Oedenburger Generalkommission dort von den Banden an der Abreise verhindert.

### Annahme der Genfer Entscheidung im polnischen Landtag.

Warschau, 27. Oktober. (DE.) Die vom Sejm aussehend für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagene Resolution ist vom Plenum des Sejms einstimmig angenommen worden. Die Resolution besagt: Die Entscheidung der alliierten Mächte über die Zugehörigkeit Oberschlesiens hat nur zum Teil den Ansprüchen der polnischen Nation und dem Ergebnis der Abstimmung Rechnung getragen. Die Entscheidung schließt Bedingungen in sich, die mit dem Versailler Friedensvertrag unvereinbar sind, und die einen großen Teil Oberschlesiens um sein gutes Recht bringen, mit dem polnischen Mutterlande wiedererweitert zu werden. Ueber 700 000 Polen bleiben außerhalb der neuen Grenzlinie, was einer Legalisierung des jahrhundertlangem Unrechts gleichkommt. Trotz obiger Feststellung sieht sich der Sejm mit Rücksicht auf die allgemeine Beunruhigung und die augenblickliche Lage Europas gezwungen, der Deklaration der Regierung an die alliierten Mächte zuzustimmen. Der Sejm ersucht jedoch die Regierung, alle Mittel anzuwenden, um 1. alle Garantien für die außerhalb des polnischen Teils anhängigen polnischen Einwohner zu erhalten, 2. eine enge wirtschaftliche und rechtliche Verbindung zwischen Polen und dem neuen ober-schlesischen Gebiet zu schaffen, 3. den Kämpfern für Oberschlesien wirksame Unterstützung zu gewähren. — Auch der Sejmarschall Tromczynski referierte in seiner Rede die Verdienste der Schlesienkämpfer; jedoch sicherte er den neuen Blyggern deutscher Nationalität die Heilighaltung ihres Eigentums und ihrer nationalen Rechte zu. Der Ministerpräsident Bonikowski drückte in seiner Erklärung den Bemühungen des Völkervertrages um eine gerechte Lösung des ober-schlesischen Problems seine Anerkennung aus.

Dziewowski hat den Auftrag erhalten, die Wirtschaftsverhandlung mit Deutschland über Oberschlesien zu führen, da Bluzinski, der polnische Oberkommissar für Danzig, der ursprünglich hierfür ausersehen war, wegen des Inkrafttretens der zwischen Danzig und Polen abgeschlossenen Verträge nach Danzig zurückkehren muß.

Kattowitz, 27. Oktober. Die sozialdemokratische Gazetta Robotnika berichtet in einer Korrespondenzmeldung aus Laurahütte, daß die kommunistische Bewegung in Oberschlesien jeden Tag zunehme. Alles warte nur darauf, daß die ober-schlesische Frage endgültig geregelt werde, um den Generalstreik zu beginnen.

### Die Aufgaben des neuen Kabinetts.

Von Rud. Breitscheid.

Das neue Kabinett Wirth, genannt das Kabinett der Persönlichkeiten, hat bei seinem ersten Auftreten im Reichstage eine über Erwarten große Mehrheit erhalten. Für die Resolution, die die Erklärung des Reichsanwalters billigte, stimmten außer den Rechtssozialisten und dem Zentrum die Unabhängigen und die Demokraten. Ja, auch die Demokraten! Sie haben eine Regierung zum Sturz gebracht, in der sie selbst mit drei Mitgliedern vertreten waren. Sie unterstützen eine Regierung, in der außer dem als Fachminister freigestellten Herrn Gehler keiner von den übrigen mehr sitzt. Das zu begreifen geht über Menschenkraft. Ihre Haltung ist gleich geheimnisvoll für Weise wie für Toren.

Wenn die Unabhängigen für die von Zentrum und Rechtssozialisten eingebrachte Tagesordnung stimmten, so nicht, weil sie mit den Ausführungen von Dr. Wirth in jeder Beziehung einverstanden gewesen wären. Sie billigen nicht seine Rechtsverwahrung. Sie sind nach wie vor der Meinung, daß das formale Recht auf Seiten der Alliierten ist, und daß alle die Auslegungsmöglichkeiten, in denen sich besonders der volksparteiliche Abgeordnete Kahl gefiel, nur geeignet sind, den Tatbestand zu verdunkeln. Sie haben das auch am Mittwoch durch ihren Fraktionsredner deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ihr Verhalten aber wurde durch die Erwägung diktiert, daß wir im gegenwärtigen Augenblick keine Jurisprudenz, sondern Politik zu treiben haben, und der vom Reichsanwalt im Zusammenhang mit dem ober-schlesischen Problem verkündeten Politik konnten sie Beifall zollen. Sie sind mit der Entsendung der Kommissare zur Verhandlung über das ober-schlesische Wirtschaftsabkommen einverstanden. Sie sind weiter wie die Regierung der Meinung, daß an der bisherigen Erfüllungspolitik im wesentlichen festgehalten werden muß, da eine Revision des Friedensvertrages und des Ultimatum erst kommen wird, wenn der Entente die Unvereinbarkeit der deutschen Leistungen mit ihren eigenen Interessen zum vollen Bewußtsein gekommen ist.

Unsere allgemeine Haltung gegenüber der zweiten Auflage des Kabinetts Wirth ist dieselbe wie die gegenüber der ersten. Wir unterstützen es, solange es eine vernünftige auswärtige Politik macht und solange es sich den Schutz der Republik angelegen sein läßt, und soweit überhaupt seine Führung der Geschäfte von den Arbeitern gebilligt werden kann. Im übrigen haben sie vollauf die freie Hand. Sie werden ihre Stellung benutzen, um die Regierung weiter zu treiben und werden ihr bei jedem Versuch, von dem rechten Wege abzuweichen, die Zähne zeigen. Sie sind in keiner Weise an sie gebunden. Sie vertrauen ihr mit dem gebotenen Vorbehalt und sie werden ihr ihre Unterstützung in demselben Augenblick entziehen, in dem sie ihrer nicht mehr würdig ist.

Die große Frage ist nun, wie lange sich das neue Kabinett zu halten vermag. Die Abstimmung vom Mittwoch beweist nur, daß es der Reichstag in seiner großen Mehrheit ablehnte, wegen der Entscheidung des Obersten Rates zu einer Katastrophenpolitik keine Zusage zu nehmen. Aber mit der Liquidierung der ober-schlesischen Angelegenheit ist die Aufgabe der Regierung nicht erschöpft. Andere Probleme reden sich dräuend empor, nicht zuletzt die Steuerfrage.

Es ist ein durch die bürgerlichen Parteien verschuldetes Unglück, daß dieses Ministerium wie das vorhergegangene im letzten Augenblick gebildet werden mußte, als ein bestimmter Entschluß zu fassen war. Mit den Verhandlungen von Partei zu Partei und den Besprechungen innerhalb der einzelnen Fraktionen war die Zeit verströbt worden. Als das Feuer auf den Rägen brannte, weil die von den Alliierten gestellte Frist abließ, mußte schnell eine Anzahl von Personen zusammengerastet werden, die bereit waren, das unmittelbar Notwendige zu tun. Es wurde ein Kabinett geschaffen, das sich sozusagen nur über den ersten Punkt seiner Tagesordnung einig war. Von einer wirklichen Einmütigkeit über die folgenden Gegenstände kann keine Rede sein. Zentrum und Rechtssozialisten haben bisher kein gemeinsames Steuerprogramm, und wenn sie es hätten, so besäßen sie damit noch keine Mehrheit im Reichstage. Sie zu schaffen ist die große Schwierigkeit, die sich vor ihnen auftut.

Einstweilen ist es schwer denkbar, daß sie gemeinsam eine Linie finden, mit der sich auch die Unabhängigen befreunden könnten, und deshalb müssen wir uns darüber klar sein, daß die Idee der „großen Koalition“ nicht endgültig begraben ist. Sie ist im besten Falle scheinbar tot und wird bald wieder zum Leben erwachen.

Mit den Demokraten, die sicherlich bei einigen Zureden einen neuen Umfall riskieren, und wieder in die Regierung eintreten werden, ist es allein nicht zu machen. Sie werden dann zusammen mit dem Zentrum die Werbung um die Deutsche Volkspartei aufs neue beginnen. Alles hängt von der Stellungnahme der Sozialdemokraten ab.

Kann sein, daß diese, wie sie es bisher schon getan hat, auf die Zusammenhänge der großen Kreditaktion von Industrie und Landwirtschaft mit der Zugehörigkeit der